

Mit Taten wird die Verfassung verwirklicht

Mit verstärkten Anstrengungen bei der Fortführung der Hochschulreform bringen die Wissenschaftler und Studenten unserer Republik ihre Zustimmung zur neuen Verfassung zum Ausdruck. In Jena kam es auf einer Schrittmacherkonferenz von FDJ-Studenten, jungen Arbeitern, Wissenschaftlern und Ingenieuren aus Jenaer Großbetrieben und der Friedrich-Schiller-Universität zu einer lebhaften Aussprache über den Platz der FDJ im Kampf um die Verwirklichung der Hochschulreform. Außerdem berieten die FDJ-Aktivisten über das Zusammenwirken zwischen den FDJ-Organisationen der Universität und der Industrie. In einer gemeinsamen Erklärung versicherten die Teilnehmer im Namen von 4000 Studenten: „Mit revolutionärer Begeisterung und Tatkraft werden wir die sozialistische Zukunft unseres Staates bewußt mitgestalten.“

In Berlin bekundeten noch während der Volkskammertagung am vergangenen Dienstag 8000 FDJ-Studenten der Humboldt-Universität in einer schriftlichen Manifestation ihr uneingeschränktes Ja zur neuen, sozialistischen Verfassung. In den letzten Wochen hatten in 300 Versammlungen die Studenten ihre Entschlossenheit erklärt, im Geiste der neuen Verfassung an der Seite des Lehrkörpers die sozialistische Hochschulreform an ihrer Universität schnell verwirklichen zu helfen.

Zur Eröffnungveranstaltung der III. Berliner Studententage hatte der 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung, Genosse Dr. Schuchhardt, an die FDJ-Studentin Katja Diensthach, Mitglied der Volkskammer der DDR, 300 Stellungnahmen der

FDJ-Gruppen zum Entwurf der neuen, sozialistischen Verfassung überreicht.

Die tägliche bedeutende wissenschaftliche Konferenz zum Thema „Studenten forschen für die Republik“ wurde am vergangenen Freitag beendet. Sie war die bisher größte wissenschaftliche Konferenz von FDJ-Studenten an der Humboldt-Universität zu Berlin. Studenten aller Fachrichtungen hielten mehr als 100 Beiträge zu Problemen der Hochschulreform, zur wissenschaftlich-produktiven Tätigkeit während der Studienzeit sowie zu Fragen einer den Bedürfnissen der Zukunft angepaßten Ausbildung.

Bereits am Donnerstag bewies Michael Müller-Preußler, Student der Fachrichtung Physik, an Hand exakter Zahlen, daß die Studenten gegenwärtig zwar zeitlich überfordert, jedoch geistig nicht ausgelastet sind. Er forderte, den Kontakt zwischen Lehrkörper und Studenten besonders in den ersten beiden Studienjahren zu verstärken. Ferner müsse mehr als bisher wissenschaftliche Denkmethode in den Vorlesungen gelehrt werden.

In den am Freitag tagenden 12 Sektionen trugen die Studenten ihre Ansichten über die wissenschaftlich-produktive Tätigkeit als einen festen Bestandteil des Studiums vor. Besonders zu erwähnen ist dabei die Arbeit der Sektion „Neugestaltung der Ausbildungsinhalte und Methoden“.

Ihre Vorstellungen zum System der wissenschaftlich-produktiven Tätigkeit der Studenten legte das Institut für Ökonomie des Maschinenbaus der Technischen Universität Dresden dar. Danach wollen die

Mitarbeiter im Studienprozeß solche Formen und Methoden entwickeln, die es den Studenten ermöglichen, ihr Wissen und ihre Fähigkeiten produktiv anzuwenden. Aufbauend auf die guten Erfahrungen mit den Komplex- und Gruppenpraktika, mit der Arbeit der Studentenzirkel sowie mit der Anfertigung kleiner und großer Belege wird jetzt ein System geschaffen, das die schon bestehenden Elemente miteinander verbindet und abstimmt.

Als Voraussetzung dazu haben die Mitarbeiter des Instituts folgende Entscheidungen getroffen: Das Institut konzentriert sich in diesem Jahr auf nur einen Forschungsschwerpunkt, der ein entscheidendes Problem der speziellen sozialistischen Betriebswirtschaft untersucht. Die Aufgabe ist Bestandteil des TU-Forschungsschwerpunktes „Datenverarbeitung“ und wurde mit einem Auftraggeber der Industrie vertraglich abgestimmt. Alle Formen der wissenschaftlich-produktiven Tätigkeit der Studenten werden auf diesen Forschungskomplex des Instituts konzentriert. Damit wird eine einheitliche Koordination aller Arbeiten vom Gruppenpraktikum nach dem zweiten Studienjahr bis zur Dissertation möglich. Die Studenten erhalten entsprechend ihres Ausbildungsstandes Teilsaufgaben aus dem Forschungsplan des Instituts und nehmen direkt an der Vertragsforschung teil. Die Anfertigung der kleinen Belege im 4. Studienjahr erfolgt grundsätzlich gemeinschaftlich in wissenschaftlichen Studentenzirkeln. Das Institut schafft somit die Voraussetzung, um mit den besten Studenten des jetzigen fünften Semesters schon 1970 das Forschungsstudium beginnen zu können.



Eröffnung der Studententage an der Humboldt-Universität Berlin

WELT DER WISSENSCHAFT

Wettbewerb um Akademiegebäude

Ein neues Gebäude für das Präsidium der Akademie der Wissenschaften der UdSSR soll in Moskau errichtet werden. Zu dem vom Architektenverband ausgeschriebenen Wettbewerb sind bereits 80 Entwürfe eingereicht worden. Das Gebäude wird im Südwesten der Hauptstadt, am Ufer der Moskwa, liegen. Die meisten Architekten wenden sich in ihren Entwürfen der geometrischen Form, einem Kubus oder einem Rhombus, zu.

Einsteins Relativitätstheorie bestätigt

Die bisher eindrucksvollste Bestätigung der vor 33 Jahren aufgestellten allgemeinen Relativitätstheorie Albert Einsteins soll einer Gruppe von Physikern des Massachusetts Institute of Technology (MIT) durch die Ausstrahlung von Radarpulsen in den Weltraum gegolgt sein. In einem Experiment von beispielhafter Präzision wiesen die Physiker die Behauptung Einsteins nach, daß außer den Licht- und Funkwellen durch Schwerkraft gestört bzw. beeinflusst werden. Die Forscher strahlten Ultra-Hochfrequenz-Radarsignale zu den Planeten Venus und Merkur aus, kurz bevor diese Himmelskörper auf ihrer Bahn hinter der Sonne verschwanden. Anschließend konnten sie die kaum wahrnehmbare Verzögerung messen, die die zurückkehrenden Echosignale beim Passieren des Gravitationsfeldes der Sonne erfuhren.

Bisher versuchten die Forscher, die Behauptung Einsteins unter anderem dadurch zu beweisen, daß sie die Beugung des Sternenlichtes beim Passieren des Gravitationsfeldes der Sonne untersuchten. Aber dieser Nachweis war noch nicht völlig überzeugend. Das gelang jetzt den Forschern von MIT innerhalb 16 Monaten. Sie benutzten für ihr Radarexperiment eine empfindliche Radioantenne mit einem Durchmesser von 36 Metern, die sich auf dem Institutsgelände befindet.

Insgesamt etwa vier Milliarden verschiedener Echos kehrten von den beiden Planeten zurück. Die daraus erarbeiteten Meßwerte ermöglichten ausreichende Rückschlüsse. Einsteins hatte errechnet, daß Licht und Funkwellen aus dem Weltraum (Geschwindigkeit etwa 297 600 km in der Sekunde) durch die Schwerkraft der Sonne um ein Fünftausendstel einer Sekunde verlangsamt werden.

„Genau das haben einige unserer besten Messungen ergeben“, erklärte Dr. Shapiro. „In den nächsten Jahren werden wir noch einige Fehler ausmerzen und unsere Instrumente vervollkommen. Ich glaube, dann wird uns ein fast hundertprozentig genauer Beweis der Behauptung Einsteins gelingen, daß Funkwellen durch die Schwerkraft der Sonne verlangsamt werden.“

Leben auf der Venus? - Neue Hypothesen

Der Planet Venus kann an den Polen mit Bergen von Eis bedeckt sein, das in der heißen Äquatorgegend geschmolzen ist und zur Bildung von kleinen Ozeanen und Frischwasserseen geführt hat. Darin können Formen von Leben existieren. Diese These stellte der amerikanische Chemie-Nobelpreisträger Prof. Dr. Libby kürzlich in einer Ausgabe des „Science Magazine“ auf.

Libby glaubt, daß der von Wolken umgebene Planet Venus eine zweifache Klimazone aufweist: die der Eisflächen, über die fortwährend Schnee fällt, zum anderen die des heißen Äquators.

Ohne politische Veränderungen keine Hochschulreform möglich

Der Begriff Hochschulreform kann für viele Inhalte stehen. Er bedeutet bei uns etwas ganz anderes, viel mehr, als die demokratischen Kräfte Westdeutschlands fordern können, da unsere Reform auf zwei Revolutionen basiert, die in Westdeutschland noch ausstehen - der demokratischen und der sozialistischen. Außerdem okkupieren diesen Begriff auch die Monopole Bonn, die das Hochschulwesen in ihrem Sinne reformieren wollen. Wo ihnen das nicht im gewünschten Maße gelingt, gehen sie und ihre Regierung immer schärfer gegen die Forderungen demokratischer Kräfte nach einer Hochschulreform vor. Warum? „Wie sich die Bundesregierung in (West-) Deutschland um die gesetzliche Neuordnung der Ausbildungsförderung herumdrückt?“ hieß es in einem offenen Brief des Verbandes Westdeutscher Studentenschaften (VDS) im Juni 1967 an die Bundestagsabgeordneten. Eine harte Frage zu einer harten Sache, schrieb der Kölner „Vorwärts“ dazu, denn seit acht Jahren werde erwiesenermaßen die Entscheidung dieser zentralen Frage des Ausbildungswesens in der Bundesrepublik hinausgeschoben.

Seit Jahren spricht man von der Hochschulreform, seit Jahren tut sich nichts Entscheidendes. Die Forderungen und Aktionen der Studenten zur Reformierung des Hochschulwesens nahmen im Jahre 1967 einen bedeutenden Teil der studentischen Aktionen ein, und der Beginn dieses Jahres verspricht ein Fortschreiten dieser Tendenz.

„Die grundsätzliche Frage... ist, ob die Studentenschaft geduldig warten soll, bis sich die Ordnungs-hierarchie von sich aus bereinigt, ihre Machtposition abzubauen und ihre überholten Vorstellungen von Universität und Studium zu revidieren. Die Studentenschaft hat das viele Jahre lang getan. Ihre Vertreter haben immer aus neue ihre Wünsche und Vorstellungen in den akademischen Gremien vorgetragen. In einigen Fakultäten hat man ihnen freundlich zugehört und Besserung versprochen. In anderen hat man ihre Meinung gar nicht erst zur Kenntnis genommen. Geschehen ist, von Einzelmaßnahmen abgesehen, in allen Fällen nichts.“ Das schrieb die „Frankfurter Rundschau“ im Mai 1967. Die Studenten, ein Teil des wissenschaftlichen Nachwuchses und wenige interessierte, zum Teil progressive Hochschullehrer wenden sich gegen die mittelalterliche Struktur der Hochschulen, gegen die autoritäre Struktur der Ordinarien, in denen jeder Institutsdirektor unumschränkter Souverän ist, sie protestieren gegen unzureichende Ausbildungsmöglichkeiten und treten ein für Mitspracherecht, bessere Ausbildungsmöglichkeiten und gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle. Sogar

bezeichnend findet das westdeutsche Hochschulwesen in dem Spruch „Unter den Talaren Müff von 1000 Jahren“, den Hamburger Studenten anlässlich der feierlichen Rektoratsübergabe beim Einmarsch der Hamburger Professoren in das Auditorium maximum auf einem Transparent dem Zug vorantrugen.

Die Kreise, die von den Leitungen der Universitäten oder gar von Leuten in den Regierungsämtern entscheidende Veränderungen erwartet hatten, mußten sich arg enttäuschen lassen, denn wohl eingebettet in das imperialistische System ist das gesamte Bildungswesen, eines so überholt und rückständig wie das andere.

So führten die ständigen vergeblichen Versuche, mit Reformverschlüssen notwendige Veränderungen zu fördern, folgerichtig zu der Erkenntnis: ohne Veränderungen in den politischen Grundsätzen, ohne Demokratisierung des politischen Lebens wird es auch keine Reformen, keine wirkliche Demokratisierung im Hochschulwesen geben. „Den Hochschulstand verschuldet haben verantwortliche Politiker und Professoren. Miserable Studienbedingungen, Mißachtung der Reformforderungen. Nach jahrelanger Duldungslosigkeit werden die Studenten aktiv und provozieren die Diskussion“, kennzeichnet „Die Andere Zeitung“, das verstärkte politische Engagement der Studenten. Die „Neue Zeit“ schreibt zum gleichen Thema bereits im Februar vergangenen Jahres: „Für sie (die aktiven Studenten) ist die Misere ihrer Universität aber zugleich ein Problem der Gesamtgesellschaft. Daß sie gerade außerhalb der Universität auf so heftigen Widerstand stoßen, bestätigt sie in der Überzeugung, daß man die restaurativen Tendenzen in der westdeutschen Gesellschaft bekämpfen müßte, wenn sie an den Universitäten überwunden werden sollen. Deshalb glauben sie sich in tagespolitischen Fragen ebenso leidenschaftlich engagieren zu müssen wie in den Fragen der Hochschulreform. In der Universität wehren sie sich dagegen, daß hinter demokratischer Fassade eine im Innern hierarchische und nach außen politisch neutrale Deutsche Hochschule wiedererstehe... Sie kämpfen schließlich gegen die Bildungsprivilegien - nicht auf der Straße, sondern in Betrieben, wo sie die Arbeiter von der Notwendigkeit, ihre Kinder auf höhere Schulen zu schicken, überzeugen wollen.“

Wie bereits erwähnt, hat der Prozeß im Jahre 1967 und andauernd 1968 eine gewaltige Ausdehnung erfahren, von den anfangs allein Aktionen startenden Hochschulen in Westberlin und Hamburg hat er sich auf nahezu alle Hochschulen Westdeutschlands in mehr oder weniger

profilierter, vor allem auch politisch profilierter Form ausgedehnt. „Das Unbehagen der akademischen Jugend an Gesellschafts- und Hochschulverfassung hat jetzt auch an der Universität zu Köln einen deutlichen Ausdruck gefunden. Zum ersten Male in der 600jährigen Geschichte der Kölner Alma mater gab es eine Studentenvollversammlung, die zu einem Scherbenbericht über die „veralteten und autoritätsbezogenen Herrschaftsverhältnisse“ an den hohen Schulen der Bundesrepublik wurde“, schreibt im November 1967 die „Frankfurter Rundschau“.

Aber immer noch ist Westberlin das Zentrum der Studenten, die es zu beachtlichen richtigen Erkenntnissen der westdeutschen und Westberliner Wirklichkeit gebracht haben und die teilweise richtige politische Erkenntnisse sowie entsprechende Aktionen daraus abgeleitet haben. Ausdruck der Bemühungen, den Kampf gegen den Abbau der Demokratie noch konsequenter zu führen, ist die Gründung einer freien Studentenorganisation, der „Kritischen Universität“, die, wie es in einer vom ASIA herausgegebenen Broschüre heißt, „zu einer radikal-demokratischen Opposition oder Gegenbewegung im Bereich der Wissenschaft, Schule und Intelligenz, und damit zu einer Komponente außerparlamentarischer antiautoritärer Opposition“ werden soll und „deren Veranstaltungen auch interessierten Schülern, Arbeitern, Angestellten, Lehrern und Akademikern aus der Berufspraxis offenstehen sollen“. In der gleichen Broschüre steht folgende bemerkenswerte Einschätzung der Bildungspolitik der herrschenden Kreise: „Die gesellschaftspolitischen Gefahren und Konflikte, die durch eine langfristige Planung, eine erhebliche Anhebung des Bildungsniveaus und durch anti-autoritäre Strukturreformen für die bestehenden Herrschafts- und Interessenkonstellationen heraufbeschworen würden, haben die Staats- und Wirtschaftsführung dazu veranlaßt, die Ausbildung der politischen Demokratie- und Rechtsstaatlichkeit voranzutreiben.“

Gegenwärtig ist zu beobachten, daß die herrschenden Kreise durch kleine Teilgeständnisse und Manipulationen die Offensive der Studenten abzufangen versuchen. Befriedigende Lösungen wird es jedoch erst geben können, wenn in Westdeutschland und Westberlin wirklich demokratische Verhältnisse erkämpft worden sind. Bis dahin besteht die große Gefahr, daß die westdeutschen Monopole entweder jeden echten Fortschritt zu sabotieren verstehen oder die tatsächlich erzielten Fortschritte bei der notwendigen Anpassung an die Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution allein zu ihrem Vorteil ausnutzen. Darüber mehr in unserer nächsten Ausgabe. G. V.

Westdeutschland

Aufruf zur Marx-Kundgebung in Trier

Die in Frankfurt am Main erscheinende antifaschistische Wochenzeitung „Die Tat“ veröffentlicht in ihrer jüngsten Ausgabe den Aufruf zu einer internationalen Kundgebung zum 150. Geburtstag von Karl Marx am 5. Mai 1968 in Trier. Der Aufruf ist u. a. unterzeichnet von Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Prof. für Politik, Universität Marburg, Sozialistischer Bund; Oskar Möller, ehemaliger 1. Vorsitzender der KPD, Land Hessen, und hessischer Staatsminister; Dr. Gerhard Gleisberg, Redaktion „Die Andere Zeitung“, Vereinigung unabhängiger Sozialisten, und Manfred Kaplucik, Mitglied des Initiativeschusses für die Wiedererrichtung der KPD.

In dem Aufruf heißt es u. a., die internationale Kundgebung wird zeigen, „die Idee von Marx leben und wirken gerade heute. Auch im Geburtsland von Marx, dem Lande schlimmster antimarkistischer Traditionen, gehört die Zukunft denen, die von Marx lernen, wie die Welt zu verändern ist, denen, die in seinem Geiste kämpfen.“

Studenten demonstrieren in Bochum

Gegen die durch die Bonner Anfruchtungs politik ständig wachsenden Belastungen der westdeutschen Bevölkerung demonstrieren am Sonnabend über tausend Bochumer Gewerkschafter, Studenten und Schüler. Anlaß für diese Protestkundgebung waren die nach Einführung der Mehrwertsteuer vorgenommenen Fahrpreiserhöhungen für öffentliche Nahverkehrsmittel in Bochum. Während der Protestkundgebung verteilten Gewerkschafter Flugblätter, die dazu aufforderten, den Programmverwurf der KPD zu diskutieren.

Studenten gegen Notstandsgesetze

Ihren massiven Protest gegen die Billigung der Notstandsgesetze durch eine rechte Mehrheit des Nürnberger SP-Parteitages haben sozialdemokratische Studenten, Sprecher des SDS und ein kommunistischer Betriebsrat auf einer Kundgebung in Hannover ausgesprochen. Nach dem Parteitags sei „die Zeit der akademischen Dispute nun vorbei. Noch vor der Lesung im Parlament muß der Widerstand in den Betrieben organisiert werden.“

Ausland

Neues Zentrum für Meeresforschung in Mexiko

Ein „Nationales Zentrum für theoretische und praktische Meeresforschung“ ist in der mexikanischen Stadt Veracruz eröffnet worden. Diese wissenschaftliche Einrichtung ist in erster Linie dazu bestimmt, optimale Lösungen zu finden, damit der bisher nur ungenügend genutzte Fischreichtum von Mexiko umfassender verwertet wird.

Gegenwärtig ist das Zentrum damit beschäftigt, eine Analyse der bisher auf dem Gebiet der Meeresforschung in Mexiko geleisteten Arbeit vorzunehmen. Außerdem werden Kurse über Meeresbiologie, Ernährungstechnik und Biochemie sowie Lehrgänge für Fischereitechniker vorbereitet.

Madriдер Universität geschlossen

Am vergangenen Freitag wurde auf Anordnung des spanischen Erziehungsministers die Universität von Madrid geschlossen. Ursache dafür war eine große Studentendemonstration gegen die USA-Aggression in Vietnam, zu der es am Tag zuvor gekommen war.